

Diskussionspapier der Schreibwerkstatt

Impulse an den BUND e.V.



Diskussionspapier „Neue Demokratieformen“

Autor*innen: Alexandra Kalpakidou, Anne Nemack, Daniel Braun, Franziska Sperfeld,
Isabella Waldorf, Lorenz Kramer, Martha Übelacker, Matthias Henneberger

Moderation: Wiebke Herding

Vorwort

Kürzlich ist die erste digitale BUND-Schreibwerkstatt zu Ende gegangen. Im September 2020 begannen fünfzig motivierte Menschen innerhalb von drei Monaten entlang der sechs Themenfelder „Wirtschaftsstruktur“, Finanzwirtschaft“, „Arbeit und Tätigkeit“, „Just Transition: Verteilungsfragen“, „Neue DemokratiefORMen“ und „Unternehmen und Betriebe“ Impulse für eine Postwachstumsgesellschaft zu entwickeln. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. hat in seiner Ausschreibung besonders Menschen zu einer Bewerbung ermutigt, die bisher noch weniger in den umweltpolitischen Debatten des Verbandes eingebunden sind. Gleichzeitig wollen wir an dieser Stelle transparent machen, dass es uns nicht gelungen ist, die gewünschte Vielfalt an Perspektiven (unter anderem in Bezug auf soziale und ethnische Herkunft) in den Prozess einzubinden. Dies wurde auch in Arbeitsgruppen wiederholt reflektiert und thematisiert. Im weiteren Verbandsprozess an den Themen der Schreibwerkstätten werden wir uns verstärkt um mehr Perspektivenvielfalt bemühen.

Die Diskussionspapiere aus den Arbeitsgruppen sind in Gruppen entstanden, die sich zu dem jeweiligen Thema durch den Aufruf des BUND zur „Schreibwerkstatt“ zusammengefunden haben. Die Ergebnisse sind in einem ausschließlich digitalen Format in wenigen Monaten entstanden. In der Kürze der Zeit konnte nicht die gesamte Breite der fachwissenschaftlichen und politischen Positionen zur Transformation in den jeweiligen Themenbereichen bearbeitet werden. Die Diskussionspapiere stellen den gemeinsam in solidarischer Weise erarbeiteten Konsens der Gruppe, eine Fokussierung und in machen Aspekten einen Kompromiss dar. Die Papiere sind keine Einzelmeinung.

Gleichwohl handelt es sich bei den Diskussionspapieren um Impulse an den Verband, nicht um eine Position des BUND. Die Mitglieder der Schreibwerkstatt weisen darauf hin, dass es sich bei ihren Diskussionspapieren auch nicht um fertige Ergebnisse handelt, sondern um einen unvollständigen ersten Entwurf, der für Ergänzung, Diskussion und Inspiration gedacht ist und einladen soll, weiter zu denken und zu streiten. Gleichzeitig ist es der Anspruch der Arbeitsgruppen, klare Anstöße und Impulse zu geben, in welche Richtung die weitere Diskussion gehen sollte, sowohl was die grundlegende Kritik als auch die Vorschläge für Maßnahmen betrifft.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den Teilnehmer*innen der Schreibwerkstatt für ihre Zeit, ihre Kraft und ihr Engagement im Sinne des gemeinsamen Ziels: Das Gute Leben für Alle innerhalb der planetaren Grenzen zu gestalten.

Inhaltsverzeichnis

1. Ist-Zustand und Problembeschreibung des Themenbereichs	3
1.1 Teilhabe-Krise: Wer hat eigentlich die Macht?	3
1.2 Krise durch das kapitalistische Wirtschaftssystem: ...und worüber kann denn eigentlich wer entscheiden?	4
1.3 Krise der planetaren Grenzen: Was sollte in einer Demokratie nicht verhandelbar sein?	6
2. Radikal-realpolitische Zukunftsthesen und Forderungen	7
2.1 Beteiligungswende	7
2.2 Demokratisierung der Wirtschaft	10
2.3 Planetare Grenzen schützen	12
2.4 Demokratie neu denken	14
3. Utopische Ausblicke	16

1. Ist-Zustand und Problembeschreibung des Themenbereichs

Unser politisches System in Deutschland hat viele Vorteile, aber in Bezug auf die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen, den Einfluss von Wirtschaftsinteressen, sowie den Erhalt unserer Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen sollte es dringend reformiert werden.

Bei näherem Hinsehen zeigen sich **drei wesentliche Krisen** unserer heutigen Demokratie: eine Teilhabekrise, eine Krise durch das kapitalistische Wirtschaftssystem, sowie eine Krise der planetaren Grenzen. Auf diese soll im Folgenden eingegangen werden.

1.1. Teilhabekrise: Wer hat eigentlich die Macht?

Wahlberechtigte Bürger*innen dürfen momentan alle 4 bzw. 5 oder 6 Jahre über die Zusammensetzung bestimmter politischer Gremien entscheiden. Viele Bürger*innen würden gerne **gesellschaftliche Verantwortung übernehmen** und an konkreten politischen Entscheidungen mitwirken, aber haben während der Legislaturperioden kaum direkte Teilhabe- und Einflussmöglichkeiten, selbst wenn sie direkt betroffen sind.

Die **Einmischung** in die Politik – etwa über Volksentscheide und Bürger*innenbegehren und die unübersichtlichen Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungsvorgängen – **erfordert von Bürger*innen Ressourcen** (Zeit, in der Grundbedürfnisse gesichert sind, sprachliche/ kognitive Fähigkeiten, Informationen, ...). Diese besitzen jedoch nicht alle im

gleichen Maße.¹ Somit können nicht alle Bürger*innen an unserem politischen System gleichermaßen teilhaben, und manche gesellschaftlichen Gruppen erfahren **Benachteiligung**, da sie ihre Anliegen nicht ausreichend vortragen können.

Außerdem schafft eine immer weitere Verlagerung von politischer Beteiligung in das Internet neue **Ausschlussmechanismen**. Die **Digitalisierung** im politischen und Verwaltungsbereich kann dazu führen, dass vor allem ältere, einkommensschwache und fremdsprachige Bürger*innen von politischer Teilhabe zunehmend ausgeschlossen werden. Hinzu kommt, dass der teilweise unzureichende **Datenschutz** von Seiten großer Unternehmen wie Google und Facebook und auch das unangemessene Interesse einzelner Staaten an privaten Daten der Bürger*innen (NSA-Skandal) die freie Meinungsäußerung gefährden kann. Diese ist jedoch unabdingbar in einer Demokratie.²

Viele Bürger*innen fühlen sich von Politiker*innen **kaum repräsentiert**, und einige verlieren weitgehend das Vertrauen in unser politisches System.³ In den letzten Jahren konnten wir in Deutschland beobachten, dass sich immer mehr Menschen **den Rechtspopulisten zuwandten**, die scheinbar einfache Lösungen anboten und dabei Ressentiments schürten.⁴

Wichtige Teile unserer Gesellschaft – z. B. Migrant*innen ohne Staatsbürgerschaft, Kinder und Jugendliche – **dürfen nicht einmal wählen**. Wer in unserem politischen System repräsentiert sie, und wer repräsentiert künftige Generationen und Tiere und Pflanzen bzw. die Umwelt?

1.2. Krise durch das kapitalistische Wirtschaftssystem: ...Und worüber kann denn eigentlich wer entscheiden?

In den letzten Jahrzehnten wurden in Deutschland politische Entscheidungen getroffen, die ökologisch problematisch und **wenig nachhaltig** waren. Begründet wurden diese mit Argumenten wie „Wachstum“, „Steuereinnahmen“ oder „Arbeitsplätzen“. Typische Beispiele sind die Atom- und die auf **Wachstum** und Ertragsmaximierung ausgerichtete Landwirtschaftspolitik, die in Mitteleuropa zum Artensterben beigetragen hatte.

¹ Merkel, Wolfgang und Kneip, Sascha (2018): Democracy and Crisis: Challenges in Turbulent Times, Wiesbaden, Springer-Verlag

² Trojanow, Ilija und Zeh, Juli (2010): Angriff auf die Freiheit, München, dtv-Verlag; und: Foucault, Michel (1993): Überwachen und Strafen, Berlin, Suhrkamp-Verlag

³ Decker, Frank; Best, Volker; Fischer, Sandra; Küppers, Anne (2019): Vertrauen in Demokratie – Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, zu Laden auf <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie> [15.01.2021]

⁴ Renn, Ortwin (2019): Gefühlte Wahrheiten: Orientierung in Zeiten postfaktischer Verunsicherung, 2. Auflage, revidierte Ausgabe, Leverkusen, Verlag Barbara Budrich

Die Frage, auf welche Art und Weise politische Entscheidungen getroffen werden, spielt eine entscheidende Rolle, um zu verstehen, wie es zu ökologischen Fehlentscheidungen kommen konnte. Problematisch ist der **direkte Einfluss von Wirtschafts- und Industrieverbänden** auf die Politik. Bereits in den 1980er Jahren warnten Umweltverbände und Wissenschaftler*innen vor der Klimakrise, aber ihre Argumente fanden zu wenig Gehör.

Wesentlich ist aber auch die Frage, wo und auf welche Art *keine* politischen Entscheidungen getroffen werden können: Der kapitalistischen liberalen Demokratie liegt die **Trennung der Gesellschaft** in die Bereiche Wirtschaft und Politik zu Grunde. Auch das weitgehend uneingeschränkte und **demokratisch kaum kontrollierte Privateigentum** macht die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen möglich. Aus dieser Sicht klingt es tatsächlich problematisch, aktuell von einer demokratischen *Gesellschaft* zu sprechen, zumal demokratische Entscheidungsmacht sich weitgehend auf die Politik beschränkt und auf den Bereich der Wirtschaft kaum Einfluss hat. Das hat u. a. zur Folge, dass z. B. **Grundgüter** wie Nahrung, Saatgut oder medizinische Versorgung **privatisiert** und von Großkonzernen für individuellen Profit ausgebeutet werden.

Der Rahmen, den die **marktkonforme Demokratie** setzt, enthält "einen systematischen Bias [Verzerrung] zuungunsten des Schutzes öffentlicher Umweltinteressen und zugunsten von Privatinteressen einschließlich liberaler Freiheiten".⁵ Unser demokratisches System hat zwar größtmögliche Freiheit der/*des Einzelnen zum Ziel, aber diese Freiheit kann nur innerhalb der ökonomischen Rahmenbedingungen realisiert werden. Vermeintlich überlässt unsere Demokratie die Frage, wie ein gutes Leben aussehen kann oder sollte, weitgehend der/*dem Einzelnen. Doch der **materielle Wohlstand** unserer Gesellschaft, wie sie bisher 'gebaut' ist, besteht **systematisch nur durch Wachstum auf Kosten anderer**.

Der Einfluss des Kapitalismus zeigt sich auch **in unserem Zusammenleben**. Statt Gemein-sinn und Solidarität rücken Individualismus und Einzelinteressen in den Fokus. Dies schadet der Demokratie, die immer als **Gemeinschaftsprojekt** zu verstehen ist.

Das **Zwischenfazit** lautet also hier: Die kapitalistisch-demokratische Gesellschaftsordnung schafft einen teils absolut **problematischen undemokratischen Rahmen**, der unsere Beziehungen anonymisiert, der soziale Ungleichheiten (re)produziert und natürliche Systeme zerstört, und in diesem Rahmen werden einzelne Akteur*innen auch nicht von einer demokratischen Öffentlichkeit zur Rechenschaft gezogen.

⁵ Asara, Viviana (2019): Die Grenzen der liberalen Demokratie: Aussichten auf eine Demokratisierung der Demokratie. In: Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin, Suhrkamp-Verlag (S. 147-148)

1.3. Krise der planetaren Grenzen: Was sollte in einer Demokratie nicht verhandelbar sein?

Unsere Demokratie arbeitet bisher überwiegend ergebnisorientiert („Output-Demokratie“)⁶: Sie **soll unseren Wohlstand sichern**, aber der dafür nötige Ressourcenverbrauch, die damit einhergehenden Umweltzerstörungen und die **Ausbeutung** von Menschen im Globalen Süden werden kaum berücksichtigt.⁷ In der "Output-Demokratie" bedeutet *demokratisch* auch – wenn überhaupt – nur "eine faire Verteilung der rasch anwachsenden Profite des Kapitalismus" statt einer „Demokratisierung der Wirtschaft“.⁸ Die politischen Paradigmen des „Wirtschaftswachstums“ und des „zunehmenden Wohlstands“ sind angesichts der **ökologischen Grenzen** unseres Planeten jedoch nicht mehr aufrechtzuerhalten – auch nicht mit Hilfe neuer Technologien.⁹

Eine besonders große Herausforderung ist dabei auch die internationale Politik, die weitgehend unter den Bedingungen der Anarchie agiert¹⁰, d. h. dass die Souveränität der einzelnen Nationalstaaten respektiert werden muss und eine **Einigung** auf z. B. gleiche Umweltschutzstandards immer **nur auf freiwilliger Basis** der Staaten passieren kann (Beispiel: Pariser Klimaabkommen).

Das Denken vieler Politiker*innen „von Wahl zu Wahl“ und deren **kurzfristige Klientelpolitik** verhindern oft, dass Gesetze verabschiedet werden, die am langfristigen Gemeinwohl orientiert sind, und die der **Komplexität** vieler Umweltprobleme – etwa des Klimawandels oder des Verlustes der Artenvielfalt – gerecht werden können.

Die Corona-Pandemie zeigt, dass das **Zusammenspiel zwischen Wissenschaft und Politik** nicht einfach ist. Einerseits soll wissenschaftliche Expertise demokratisches Entscheiden nicht ersetzen, andererseits führt ein Nicht-Beachten von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu schwerwiegenden gesellschaftlichen Folgen. Diese **Problematik** taucht auch bei ökologischen Problemen auf. Wie lässt sich hier ein Zusammenspiel zwischen demokratischen Prozessen und wissenschaftlichem Input denken, das nicht technokratisch oder populistisch ist?

⁶ Lessenich, Stephan (2020): Die Demokratie ist ökologisch nicht unschuldig, Kulturstiftung des Bundes, https://www.kulturstiftung-des-bundes.de/de/magazin/magazin_34/die_demokratie_ist_oekologisch_nicht_unschuldig.html [23.12.2020]

⁷ Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut – Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, München, Carl-Hanser-Verlag

⁸ Asara, Viviana (2019): Die Grenzen der liberalen Demokratie: Aussichten auf eine Demokratisierung der Demokratie. In: Ketterer, Hanna et al. (Hrsg., 2019): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin, Suhrkamp-Verlag (S. 141)

⁹ Hickel, Jason (2019): Is it possible to achieve a good life for all within planetary boundaries? In: Third World Quarterly 40 (1), DOI: 10.1080/01436597.2018.1535895 (S. 18-35)

¹⁰ Schimmelfennig, Frank (2017): Internationale Politik (Politikwissenschaft, Band 3107), 5. aktualisierte Auflage. Paderborn, utb-Verlag

2. Radikal-realpolitische Zukunftsthesen und Forderungen

Deshalb brauchen wir eine **Demokratisierung der Demokratie**.¹¹ Zunehmende gesellschaftliche Unruhen werden nur handhabbar sein, wenn sich die demokratischen Strukturen dem **gesellschaftlichen Wandel anpassen** und den heutigen pluralistischen Gesellschaften wieder mehr entsprechen. In der derzeitigen historischen Umbruchphase beobachten wir eine Neuverhandlung der Demokratie. Sie steht am Anfang einer **partizipativen Wende** und wir überlegen mit:

2.1. Beteiligungswende: Strukturelle Weiterentwicklung des politischen Systems: Deliberative Formate und die "Konsultative" als Ideengeber

Demokratie bedeutet die "Herrschaft des Volkes". Damit ist die „**Weisheit der Vielen**“ ihr zentrales Motiv und die Tatsache, dass es viele widerstreitende Positionen gibt, stellt ein entscheidendes Element dar. Die aktuellen Probleme unserer Zeit sind so komplex und die Herausforderungen so groß, dass eine einzige Perspektive nicht ausreicht, um sie zu beschreiben. Für ihre Lösung benötigen wir nicht nur Expert*innen, sondern die ganze Gesellschaft. Deshalb muss der Bevölkerung als unverzichtbarem **Ideengeber für kluge Lösungen** auch strukturell ein Raum in unserem politischen System zur Verfügung gestellt werden. Die Politikwissenschaftler*innen Nanz & Leggewie schlagen für einen solchen neuen Modus des politischen Miteinanders, der Co-Kreativität und Eigenverantwortung die „**Konsultative**“ als **4. Gewalt** im System der demokratischen Gewaltenteilung vor.¹² Sie soll die vielfältigen sozialen Erfahrungen, Bedürfnisse und Standpunkte zusammenbringen und die gesellschaftlichen Themen in einer Art und Weise sortieren, aufbereiten und öffentlich erörtern, die später Einfluss auf den Bundestag hat. Um zu koordinieren, wie sich die Kollektive Intelligenz auf den verschiedenen Ebenen nutzen lässt, sowie für ein ordentliches Demokratie-Monitoring ist die Einrichtung einer unabhängigen **Stabstelle für Bürger*innen-Beteiligung & Direkte Demokratie** nötig, sozusagen ein Beteiligungsministerium.

Ein Beispiel, wie die parlamentarisch-repräsentative Demokratie in der Praxis sinnvoll ergänzt werden könnte, wäre eine **Kombination aus Bürger*innenräten/ Zukunftsräten** (in jeder Nachbarschaft, Region und thematische Räte) **und direkter Demokratie** (Volksentscheide).¹³ Räte würden per **Losverfahren** repräsentativ zusammengestellt und so Menschen zusammenbringen, die sich sonst nicht begegnen würden. Um eine soziale Verzer-

¹¹ Merkel, Wolfgang und Kneip, Sascha (2018): Democracy and Crisis: Challenges in Turbulent Times, Wiesbaden, Springer-Verlag

¹² Nanz, Patrizia und Leggewie, Claus (2016): Die Konsultative – Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin, Verlag Klaus Wagenbach, Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung

¹³ Nanz, Patrizia und Leggewie, Claus (2016): Die Konsultative – Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin, Verlag Klaus Wagenbach, Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung

rung zu vermeiden und zudem nicht nur die bisherige "Aktivbürger*innen-Elite" zu adressieren, würden die Teilnehmenden nach sozialen Merkmalen behutsam ausgewählt. In den Räten würde den unterschiedlichen Vorstellungen Raum gegeben. **Alle Perspektiven** hätten die Möglichkeit, gehört zu werden. Konflikte würden ausgetragen und Kompromisse gefunden werden. Vorschläge und Empfehlungen würden schließlich an die Legislative gegeben, welche gesetzlich zur Stellungnahme verpflichtet wäre. Politische Entscheidungen bekämen so **Legitimität und breitere Akzeptanz** innerhalb der Bevölkerung. Eine Erneuerung der politischen Struktur für mehr Beteiligung ist besonders auf der kommunalen Ebene sinnvoll. Auf höherer Ebene wären solche Gremien der gemeinsamen Beratschlagung vor allem für Grundsatzentscheidungen über die gemeinwohlbetreffenden Güter und das Wirtschaften relevant.

Über **konkrete Inhalte** könnte die Bevölkerung in einem reformierten demokratischen System **per Volksentscheid** direkt abstimmen und so mehr Rechte bekommen, die sie betreffenden Umstände auch zwischen den Wahlen mitzugestalten. *[Wir finden es angebracht, an dieser Stelle ausdrücklich zu erwähnen, dass die parlamentarisch-repräsentative Demokratie, wie wir sie kennen, eine wichtige Errungenschaft ist, die es nicht durch direkte Demokratie abzulösen gilt. Sie bedeutet eine sinnvolle Arbeitsteilung und hat systematische Verlangsamungen eingebaut, die das System stabil machen. Parlamente bilden Orte politischer Rationalität, an denen Diskurs stattfindet und dies schützt davor, dass aktuelle Stimmungen durch (z. B. rechte Stimmungsmache) sofort politisch umsetzungsfähig sind. (Direkte Demokratie ist ein beliebtes populistisches Mittel (Bsp.: Brexit)). Stattdessen sollen gut diskutierte und verhandelte Entscheidungen zustande kommen.]* Sehr wichtig für mehr Volksentscheide in Deutschland wäre, dass die kreativen Impulse aus der Bevölkerung kommen, d. h. dass durchgefiltert wird, was gefragt wird. Ein Zweck **bundesweiter Bürger*innenräte** wäre es, die Themen im Voraus gründlich zu beleuchten und die Streitfragen öffentlich zu diskutieren.

Repräsentation besser gestalten

Wir finden es angebracht, die Repräsentanz bisher benachteiligter Gruppen neu zu denken. Wie in Teil 1 beschrieben, ist Unterschiedlichkeit in der politischen Sphäre bisher nicht ausreichend vorgesehen, und **Parteien entsprechen nicht der tatsächlichen Struktur der Gesellschaft**, sondern sind überwiegend männlich (und darüber hinaus maskulinistisch), weiß, um die 60 und bildungsbürger*innenlich.¹⁴ Quotierungen der Listen sind im Politikdiskurs als Lösungsvorschlag im Gespräch. Ohne hier im Detail darauf eingehen zu können,

¹⁴ Lorey, Isabell (2020): Demokratie im Präsens: Eine Theorie der politischen Gegenwart, Berlin, Suhrkamp-Verlag

möchten wir aber die Notwendigkeit betonen, die **Mitbestimmungsrechte** bisher nicht stimmberechtigter **Minderheiten zu stärken** (z. B. Menschen ohne Staatsbürger*innenschaft).

Obwohl Kinder und Jugendliche (rund ein Fünftel der Bevölkerung!) von den Auswirkungen der Umwelt- und Rentenpolitik, Staatsverschuldung, etc. am stärksten betroffen sind, sind sie bisher **vom allgemeinen und gleichen Wahlrecht ausgeschlossen**. Zudem zwingen die bisherigen Rahmenbedingungen zur Wiederwahl Politiker*innen förmlich dazu, vornehmlich die Interessen heutiger Generationen zu berücksichtigen. Wären die ökologischen Ansprüche der zukünftigen Generationen und der Umwelt (Pflanzen, Tiere, ...) institutionell verankert **und könnten diese ihre Interessen geltend machen**, fielen politische Entscheidungen sicher anders aus. Im Sinne der Volkssouveränität ist es zwingend notwendig, eine **Vertretung** kommender Generationen und der Umwelt **im Parlament zu schaffen**. Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre – auch auf Bundesebene – wäre ein erster Schritt, um junge Perspektiven zu stärken. Radikaler ist die Forderung nach einem – wie auch immer ausgestalteten – Wahlrecht für alle Kinder.

E-Democracy?

Weiterhin braucht moderne Demokratie eine geeignete **Online-Infrastruktur** und digitale Werkzeuge, die eine **schnelle und unkomplizierte Online-Bürger*innenbeteiligung** ermöglichen. Die repräsentative Demokratie ist in einer Zeit entstanden, als es nicht anders möglich war, als Vertreter*innen zu schicken und physisch zusammenzukommen. Auch in Zeiten des Internets, welches den politischen Unterbau erheblich verändert, braucht eine harmonische Gesellschaft Orte, an denen Menschen analog zusammenkommen. Trotz der in Teil 1 beschriebenen Gefahren, bietet die immer weiter voranschreitende Digitalisierung aber auch neue Formate des gesellschaftlichen Dialoges. So können Stimmungsbilder bspw. leichter abgefragt werden und es gibt Internetseiten, auf denen Bürger*innen Vorschläge für die Gestaltung ihrer Stadt einreichen und diskutieren können; mit der Chance auf Verwirklichung durch – oder gemeinsam mit – ihren Bürgermeister*innen. Solche Formate haben großes Zukunftspotential. Ein **digitales Upgrade** der Demokratie ist besonders auch im Hinblick auf **Transparenz** entscheidend: Informationen zu politischen Entscheidungsprozessen sollten für alle Menschen frei einsehbar sowie neutral und leicht verständlich dargestellt zugänglich sein (z. B. durch Online-Portale und **Lobbyregister** für Transparenz des Einflusses bestimmter Gruppen und Konzerne).

2.2. Demokratisierung der Wirtschaft

Viele der aufgezählten „Krisen der Demokratie“ lesen wir als **Symptome des heutigen Kapitalismus**. So beeinflussen ökonomische Zwänge und Status beispielsweise auch das Ausmaß von Teilhabe und Repräsentanz, das ein Mensch aufbringen kann. So hat ein Mensch mit geringem Einkommen schon in betrieblichen und wirtschaftlichen Strukturen vermutlich weniger Einfluss – vor allem aber weniger Zeit und Platz für neue Sorgen, wenn diese sich bereits darum kreisen, sich über Wasser zu halten. Zusätzlich wird marginalisierten Menschen oft ein hoher finanzieller Status verwehrt oder schwer gemacht.¹⁵ So reproduzieren sich die Ungleichheiten.¹⁶ **Soziale Gerechtigkeit** und ein **gesellschaftliches Klima**, in dem die **Bedürfnisse aller Menschen gleich viel wert sind**, sind also Grundvoraussetzungen für demokratische Partizipation. Mindestens eine **Beteiligungsfreistellung** für z. B. die Teilnahme in Räten ist sinnvoll, um gesellschaftliche Vielfalt zu gewährleisten. Doch es reicht nicht, nur die Symptome zu verarzten.

Demokratie muss zukünftig die Aufgabe übernehmen, die **‘Was ist uns wirklich wichtig?’**-Frage neu zu stellen, statt ihren Erfolg am Wirtschaftswachstum und dem BIP zu messen. Hier gibt es bereits einige Initiativen, die das Gute Leben für alle fokussieren (siehe I.L.A.-Kollektiv).¹⁷ Das Prinzip des guten Lebens ist jedoch nicht neu, sondern zentral in den indigenen Völkern des Andenraumes und nennt sich dort **Sumak kawsay** (vgl. auf Spanisch **‘Buen vivir’**). Allen grundlegend ist: "Anstatt auf individuelle, gleichgültig nebeneinander existierende Lebensstilpräferenzen reduziert zu werden, sollten **Ansprüche auf das gute Leben** als **konstitutiv für Gerechtigkeit** gesehen werden und somit Gegenstand einer **kollektiven Debatte und Aushandlung** sein."¹⁸

Um aber eine kollektive Debatte zu ermöglichen und somit die **Demokratie zu demokratisieren**, müssen erstmal gewisse Rahmenbedingungen geschaffen sein, um den übermächtigen Einfluss der Wirtschaft in den Politikbetrieb einzuschränken. Ein einfacher, erster Schritt wäre ein **Lobbyregister**, sodass zumindest einmal transparent wird, welchen Einfluss welche Konzerne ausüben. Doch Konzerne beeinflussen nicht nur den Politikbetrieb, sondern auch das Angebot und das Konsumverhalten. Daher könnte eine **Einschränkung**

¹⁵ Wrohlich, Katharina und Zucco, Aline (2017): Gender-Pay-Gap innerhalb von Berufen variiert erheblich, in: DIW-Wochenbericht Vol. 48 (Nr. 43), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin (S. 955-961)

¹⁶ Meister, Moritz; Niebuhr, Annetrin; Stöckmann, Andrea (2017): Die Arbeitsmarktsituation von Migrantinnen und Migranten in Hamburg, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), IAB-Regional: IAB Nord (Nr. 01/2017), Nürnberg

¹⁷ I.L.A.-Kollektiv (2019): Das gute Leben für alle: Wege in die solidarische Lebensweise, oekom-Verlag, vgl.: <https://www.oekom-crowd.de/projekte/das-gute-leben-fuer-alle>

¹⁸ Asara, Viviana (2019): Die Grenzen der liberalen Demokratie: Aussichten auf eine Demokratisierung der Demokratie. In: Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin, Suhrkamp-Verlag (S.150)

von Werbung im Öffentlichen Raum ein gutes Werkzeug sein.¹⁹ So hat z. B. Grenoble – eine Stadt in Frankreich – keine Werbeflächen in der Innenstadt.

Zur Debatte stehen sollte auch, welche Güter wir in unserer Gesellschaft als **Gemeingüter** oder **commons** verstehen, also welche Güter am besten durch den Markt geregelt werden und welche durch die Allgemeinheit. Momentan liegt die Entscheidungsgewalt über viele Güter, von denen die Allgemeinheit abhängig ist – wie Energieversorgung, öffentlicher Verkehr, fruchtbarer Boden, Trinkwasser usw. – bei Großkonzernen. Profitinteressen dürfen nicht über dem Gemeinwohl der Allgemeinheit stehen, wenn wir ein gutes Leben für alle ermöglichen wollen! Hier muss eine Debatte geführt werden, welche Konzerne **vergemeinschaftet** werden sollten. Ein weiterer Ansatz zur Umstrukturierung der Wirtschaft findet sich im Konzept der **Gemeinwohlökonomie**.²⁰ Dieses Modell der Wirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass jedes Produkt auf die Vereinbarung mit dem Gemeinwohl geprüft wird, und Produkte mit hohem Gemeinwohlpotential werden eher unterstützt als schädliche. Das bedeutet eine **Umkehr der aktuellen Dynamik**, nämlich dass aktuell besonders solche Produkte, welche durch die Externalisierung von Umweltschäden und Ausbeutung ihre Kosten minimieren können, einen Marktvorteil haben.

Kapitalistische Grundprinzipien der Effizienz, Tauschlogik und Gewinnmaximierung sind jedoch längst nicht nur auf den Wirtschaftssektor beschränkt. Diese Prinzipien sind auch in anderen Systemen, in unseren Beziehungen und Köpfen allgegenwärtig und bilden eine **mentale Infrastruktur**. Um einen gesellschaftlichen Wandel zu einer Postwachstumsgesellschaft zu erreichen, braucht es Gelegenheiten und **Räume, frei von wirtschaftlichen und Leistungszwängen**, um die Frage zu stellen, wie ein gutes Leben aussehen kann. Dabei halten wir **ein gesichertes Grundauskommen** für eine gute Möglichkeit und ein starkes Werkzeug für einen Wandel hin zum Postwachstum. Zusätzlich können Grundsicherungen stabilisierend auf die Demokratie wirken, da mit einer Grundsicherheit – die für alle gilt – die Abhängigkeit vom Marktgeschehen verringert wird. Denn wenn ein Existenzminimum erfüllt und Leistungs- und Wachstumszwänge verringert sind, wird **Zeit für demokratische Partizipation frei**, Bürger*innen können sich besser vor schlechten Arbeitsbedingungen und Bullshitjobs schützen und es gibt Raum und Zeit für mehr Care- und Reproduktions-Arbeit. Grundsicherungen können dabei ganz unterschiedlich aussehen, so reichen die Möglichkeiten von **kostenlosem ÖPNV**, über **bezahlbaren Wohnraum**, bis zu einem bedingungslosen Grundeinkommen. Für ein solches Einkommen gibt es wiederum unzählige Konzepte,

¹⁹ BUNDjugend (2018): Ich kaufe, also bin ich? – Von der Konsumgesellschaft zum guten Leben für alle, zu Laden auf <https://blog.bundjugend.de/wp-content/uploads/2019/10/suffizienz-konsumgesellschaft.pdf>

²⁰ <https://web.ecogood.org/de/>: Gemeinwohlökonomie – Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft [15.01.2021]

die darauf geprüft werden müssen, ob sie gerecht und effektiv sind, als auch darauf, ob sie den Bürger*innen gleichberechtigt helfen ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Zusammenfassend stellen diese Ansätze die Frage: Wie kann eine Demokratisierung auf diejenigen "Felder und Sektoren ausgeweitet werden, die von Mitbestimmungs- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind"²¹, – darunter vor allem die Wirtschaft – und wie kann diese aussehen? Schließlich ist das Ziel, diese **Zweiteilung von Wirtschaft und Demokratie zu durchbrechen** und anzuerkennen, dass **Wirtschaft normativ** ist und uns eine scheinbar "effiziente Verteilung der Güter" nicht voranbringt, wenn nicht zur Diskussion steht, welche Güter zu verteilen sein sollten und ob dies am besten durch den Markt geschieht.

Wir finden es wichtig, die Frage *Was Demokratie ist und sein kann*, neu zu begreifen, und **Demokratie** vielleicht nicht nur als politisches sondern **als gesellschaftliches Prinzip** zu verstehen.

2.3. Planetare Grenzen schützen

Um die planetaren Grenzen einhalten zu können, braucht es eine grundlegende Änderung der Produktions- und Konsummuster, sowohl im globalen Norden, als auch in weiten Teilen des globalen Südens. Um **innerhalb der Grenzen zu bleiben**, gibt es laut „Wissenschaftlichem Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung“ (WBGU) drei entscheidende Ansatzpunkte:

1. den ökologischen Fußabdruck **radikal zu verringern**,
2. **neue Wohlfahrtsmodelle zu entwickeln** und demokratisch zu legitimieren und
3. die Überschreitungen der planetaren Grenzen und **damit verbundene Ungerechtigkeit** zu adressieren.²²

Wir begrüßen hinsichtlich des ersten Punktes alle Aktivitäten, die Umwelt- und Ressourcenverbrauch und weitere Auswirkungen von Produkten, Projekten, Hersteller*innen und Konsument*innen durch Kennzeichnung und **Transparenzinitiativen** sichtbar machen. Budgets für Umweltverbrauch sind z. B. für den CO₂-Ausstoß und Flächeninanspruchnahme schon gängig, jedoch für viele Felder (etwa Ressourcenverbrauch) noch ungeklärt. Es gilt, den

²¹ Ketterer, Hanna et al. (Hrsg., 2019): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin, Suhrkamp-Verlag (S.10)

²² WBGU (2014): Politik-Papier Nr. 8: Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken – Ein Beitrag zur SDG-Debatte, zu Laden auf https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/politikpapiere/pp8_2014/wbgu_politikpapier_8.pdf [15.12.2020] (S. 8)

Budgetansatz weiter auszudifferenzieren und mit dem **Ordnungs- und Strafrecht** zu koppeln.²³ Vor allem müssen Sanktionen so groß sein, dass sie zu einer Verhaltensänderung föhren.

Häufig definieren Gesetzesvorhaben einen Status Quo für lange Zeit, ebenso haben öffentliche Haushalte eine starke umweltpolitische Lenkungswirkung, z. B. durch Subventionen. Es scheint angemessen, für diese Elemente der Legislative **Nachhaltigkeitschecks** vorzusehen, die die Auswirkungen auf die Einhaltung der planetaren Grenzen und intra- und intergenerationelle, sowie interregionale Gerechtigkeit überprüfen.

Neue Wohlfahrtsmodelle, wie als zweiter Ansatzpunkt definiert, fallen nicht vom Himmel. Sie kommen durch staatliche Steuerung zustande oder entwickeln sich von Nischen in den Mainstream (z. B. Gemeinwohlökonomie, siehe oben). Damit sie mehrheitsfähig werden, braucht es **gesellschaftliche Diskurse** außerhalb einer ökologisch-konsumkritisch eingestellten Blase, z. B. über Zukunfts-/ Bürger*innenräte zu Themen wie „Wie realisieren wir das Gute Leben für alle“ und „Wie können wir ungleiche Ressourcenverteilung und -nutzung in der Gesellschaft abbauen?“. In solchen Foren hätten auch konkrete **Verteilungsfragen** einen Raum, die durch umweltpolitische Steuerung aufkommen. Denn zwischen Umwelt- und Sozialpolitik entstehen immer wieder Zielkonflikte, wie z. B. die Belastung von Haushalten durch den Umbau der Energieversorgung. Foren, die repräsentativ zusammengesetzt sind und die verschiedenen Perspektiven abbilden, können **nah an den Realitäten der Menschen** Widersprüche und Synergien sichtbar machen und Lösungsansätze beraten.²⁴

Neue Wohlfahrtsmodelle entwickeln sich bereits in Nischen (etwa die Ökodorfbewegung, Solidarische Landwirtschaft, Pionierunternehmen, ...). **Nischenakteure zu stärken**, die Rahmenbedingungen für ihre Aktivitäten und ihre Krisenresilienz zu verbessern und Wissen über das Leben und Wirken in diesen Nischen zu verbreiten und damit zur Nachahmung anzuregen ist ein weiterer Ansatz.²⁵

Zu drittens ist anzumerken, dass die natürlichen Lebensgrundlagen und Tiere durch Artikel 20a des Grundgesetzes bereits geschützt sind. Der Staat hat damit bereits eine **Ermächtigunggrundlage**, um steuernd einzuschreiten, wenn planetare Grenzen, die hinlänglich in internationalen Verträgen verankert sind, überschritten werden. Dieses Grundrecht muss

²³ <https://www.endecocide.org/de/> [15.12.2020]

²⁴ Hans Diefenbacher et al. (2014): Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands und ökologische Gerechtigkeit, Hrsg.: Umweltbundesamt, Dessau, zu Laden auf <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/konzepte-gesellschaftlichen-wohlstands-oekologische> [15.01.2021] (S. 29ff)

²⁵ Stephanie Wunder, Stefanie Albrecht, Lucas Porsch, Lisa Öhler (2019): Kriterien zur Bewertung des Transformationspotentials von Nachhaltigkeitsinitiativen, Hrsg.: Umweltbundesamt, Dessau, zu Laden auf https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-03-26_texte_33-2019_transformationspotenzial.pdf [15.01.2021] (S. 106ff)

stärker genutzt und die Rolle von internationalen Verträgen mit Bezug auf die natürlichen Lebensgrundlagen aufgewertet werden.

Während das **Ziel**, die planetaren Grenzen einzuhalten, **stärker fixiert** werden soll – soll der **Weg** dorthin **stärker von Mitbestimmung gekennzeichnet sein**. Es braucht deswegen mehr Plattformen und Formate für die **Aushandlung von Transformationspfaden** – in Nationen, Regionen, Kommunen und Stadtvierteln, zu konkreten politischen Plänen, aber auch zur Lebens- und Konsumweise. Wir sind optimistisch, dass diese Foren auch ökologisch ambitionierte Vorschläge hervorbringen werden.²⁶ Um wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fakten, **sowie** der Perspektive von Betroffenen einen hohen Stellenwert in diesen Verfahren zu geben, soll Forscher*innen aus anwendungsbezogenen Fächern, ökologisch und sozial ausgerichteten Verbänden und Betroffenen ein **Beteiligungsbudget** (über das Beteiligungsministerium) zur Verfügung stehen. Das kann sicherstellen, dass sie über ausreichend Ressourcen verfügen, um der Rolle als Berater*innen in Bürger*innenbeteiligungsprozessen gerecht zu werden.

2.4. Demokratie neu denken (Synthese, weitere Handlungsempfehlung)

Demokratische Kultur & Demokratie-Bildung

Mehr und ausgeglichene Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen erreicht man aber nicht nur durch mehr Beteiligungsrechte. Um Menschen aller gesellschaftlichen und sozio-ökonomischen Positionen und Graden formaler Bildung dafür zu **begeistern, sich einzubringen** und wieder aktiv für sich und ihre Gemeinschaft einzutreten, braucht es neben strukturellen Innovationen auch **soziale Innovationen**. Damit möchten wir hervorheben, dass Demokratie nicht nur eine Frage der Formate ist, sondern auch eine Haltung. Eine rein politikwissenschaftliche Sicht auf Institutionen, Ordnung und Bestandteile des politischen Systems wäre eine Verengung. Soziologisch ist Demokratie mehr, nämlich **eine gesellschaftliche Lebensform**, die lebendige Organisation des Zusammenlebens und ein kollektiver Gestaltungsprozess der Verhältnisse.

Das Problem mit der politischen Partizipation ist nicht zwangsläufig, dass wir nicht wollen, sondern dass wir es zu großen Teilen zu wenig gewöhnt sind mitzuentcheiden. Um die Zivilgesellschaft strategisch zu aktivieren und Demokratie zu einer selbstverständlichen Haltung zu machen, müssen Menschen auch **Verantwortung tragen (dürfen)**. Dazu gehört es, **Unternehmensstrukturen** sowie die Schulen zu demokratisieren, damit wir an diesen Orten

²⁶ ... wie zuletzt der französische Bürgerrat zum Klimaschutz, die *Convention citoyenne pour le climat*, gezeigt hat, siehe <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-06/klimapolitik-frankreich-buergerrat-klimaschutz-gelbwesten-direkte-demokratie> [15.12.2020]

eine partizipative Praxis üben. **Bildungsinstitutionen** als gesellschaftliche Einrichtungen haben den systemischen Auftrag, durch **gute allgemeine & politische Bildung** eine bestimmte Kultur zu fördern.²⁷ Zusätzlich ließe sich durch eine stärkere Mitbestimmung für Schüler*innen ein tatsächliches Gestaltungsinteresse und gemeinschaftliches Verantwortungsgefühl erzeugen und damit großes demokratisches Potential generieren. In Reallaboren und Modellprojekten können überwältigend große Aufgaben heruntergebrochen werden und weiterentwickelte Formen des demokratischen Miteinanders im Kleinen gelebt werden. Die sozial-ökologische Transformation ist letztlich ein Such- und Lernprozess, und **für eine kulturelle Revolution braucht es viele verschiedene Lern-, Erfahrungs- und Experimentierräume**, in denen wir einen neuen Umgang mit dem Umweltraum erproben und ein neues Demokratieverständnis praktizieren.²⁸

Demokratie als soziales Großprojekt

In dieser „Krise der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie“ können wir **neu verhandeln, was mit Demokratie eigentlich gemeint ist und wie wir leben wollen**.²⁹ Wir möchten uns dafür aussprechen, Demokratie als etwas Offenes, Unabgeschlossenes, Prozess- und Projekthaftes zu begreifen. Sie ist kein Status Quo und nichts, das man einmal erreicht und dann auf alle Ewigkeit genießen kann. Sie ist **etwas, das man machen muss**; ein fortwährendes gemeinsames Entwerfen und Gestalten, ein stetig wachsendes und spannendes **soziales Großprojekt**.³⁰ Und in ihrer Aushandlung muss sie Protest und Widerstand, Erneuerung und Mitbestimmung nicht nur aushalten, sondern braucht sie. Die Herausforderungen der Zeit verlangen es, dass mutige Menschen Dinge selbst in die Hand nehmen und aktiv an den sie umgebenden Zuständen teilhaben. Zukunftsfähigen Gesellschaften nutzt es gewaltig, wenn statt Wutbürger*innen Mutbürger*innen auf den Plan treten, die verstehen, dass sie die Wahlfreiheit besitzen, diese Welt positiv mitzugestalten.³¹

²⁷ BNE (2017): BNE – Nationale Plattform „Bildung für nachhaltige Entwicklung“: Der deutsche Beitrag zum UNESCO-Weltaktionsprogramm, Hrsg.: BNE (c/o BMBF), Berlin, zu Laden auf https://www.bmbf.de/files/Nationaler_Aktionsplan_Bildung_f%c3%bcn_nachhaltige_Entwicklung.pdf [28.01.2021]

²⁸ Welzer, Harald (2020): Alles könnte anders sein – Eine Gesellschaftutopie für freie Menschen, Frankfurt/ Main, Fischer-Verlag

²⁹ Hardt, Michael und Negri, Antonio et al. (2013): Demokratie!: Wofür wir kämpfen, Frankfurt/ New York, Campus-Verlag

³⁰ Hardt, Michael und Negri, Antonio et al. (2013): Demokratie!: Wofür wir kämpfen, Frankfurt/ New York, Campus-Verlag

³¹ Leggewie, Claus (2011): Mut statt Wut – Aufbruch in eine neue Demokratie, Hamburg, Verlag Edition Körber

3. Utopische Ausblicke

3.1. Unsere Welt im Jahr 2040 – eine Rückschau und Schritte auf dem Weg dorthin

Im **Jahr 2040** ist die **Welt besser** als im Jahr 2021 – trotz einiger noch bestehender Umweltprobleme (Klimakrise, Artensterben, ...). Wir Menschen leben noch nicht in einem Paradies, aber wir sind auf einem guten Weg dorthin. Durch die immer deutlicher sichtbaren Umweltprobleme hatten in den 2020er und 2030er Jahren immer mehr Menschen die wichtige Bedeutung von Ökologie und Umweltschutz erkannt und aus früheren Fehlern gelernt. Wir haben nun ein größeres **ökologisches Bewusstsein**. Wir handeln verantwortungsvoller und denken weniger individuell und mehr im Sinne des Gemeinwohls. Wir haben Fortschritte erzielt, friedlich, gewaltfrei, nachhaltig, ökologisch, sozial und im Einklang mit der Natur zu leben. Wir kommunizieren **freundlich und wertschätzend** und haben **Respekt vor der Schöpfung bzw. vor dem Leben**. Wir kennen nun die richtige Richtung und arbeiten gerne gemeinsam daran, noch bestehende Umweltprobleme in den Griff zu bekommen und eine gute und nachhaltige Zukunft für alle Lebewesen zu verwirklichen. Das Licht am Ende des Tunnels ist sichtbar.

Die **sozial-ökologische Transformation** in den 2020er und 2030er Jahren war ein längerer politischer und gesellschaftlicher Prozess und ist immer noch nicht abgeschlossen. Wesentliche Impulse hierzu kamen von sozialen Bewegungen, Umweltverbänden und zahlreichen Bürger*innenräten³², die seit Beginn der 2020er Jahren zunächst im Rahmen mehrerer wegweisender Beispielprojekte³³ und dann systematisch auf mehreren politischen Ebenen eingerichtet worden waren, um die kollektive Intelligenz der Bürger*innen zu nutzen. Sie hatten viele sinnvolle Ideen und Empfehlungen zu zentralen Umweltproblemen erarbeitet.

Bald wurde von der „**Konsultativen**“ als „4. Gewalt“ gesprochen.

Unser politisches System hatte sich bezüglich Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Bürger*innenbeteiligung sinnvoll weiterentwickelt: **Umweltverbände** wie der BUND haben nun einen deutlich höheren Stellenwert und mehr Mitglieder. Zusammen mit Sozialverbänden werden sie als eine Art „Gewissen“ unserer Gesellschaft wahrgenommen, und ihre Stimme wird in der Politik mehr gehört als früher.

Um 2025 war das Prinzip der **Nachhaltigkeit** in die Europäische Verfassung fest als Leitbild verankert worden, und dass bei allen politischen Entscheidungen die **Bedürfnisse künftiger**

³² Nanz, Patrizia und Leggewie, Claus (2016): Die Konsultative – Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin, Verlag Klaus Wagenbach, Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung

³³ <https://participedia.net>: Globale Plattform für Projekte der Bürger*innenbeteiligung [01.01.2021]

Generationen und von Tieren und Pflanzen bzw. der Umwelt berücksichtigt werden müssen. Eigene politische Repräsentanzen wurden für sie geschaffen. Zudem wurde das Recht aller Lebewesen auf Schutz, intakte Lebensräume und genetische Integrität gesetzlich verankert und endlich wirksam umgesetzt, und Ökozid als Straftatbestand ins internationale Völkerrecht aufgenommen.

Unternehmen haben in der Regel flachere Hierarchien, demokratische interne Strukturen und orientieren sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Wirtschafts- und Industrieverbände behandeln die Themen „**Ökologie**“ und „**Soziales**“ **gleichwertig wie die „Ökonomie**“, denken langfristig und berücksichtigen auch Auswirkungen auf die Umwelt und den Globalen Süden. Dass sich diese Haltung etablieren konnte, geht vor allem zurück auf Gesetze, die Mitte der 2020er Jahre auf die Initiative von Umweltverbänden und Bürger*innenräten in Deutschland und Europa beschlossen worden waren.

Statt relativ teurer Forschungen im Bereich der Gentechnik werden nun ökologisch und ethisch sinnvolle **Forschungen im Einklang mit dem Leben und mit der Natur** – zum Beispiel zu Agroforstsystemen, Mischkulturenanbau, Solidarischer Landwirtschaft und Urban Farming – gefördert.

Unsere Gesellschaft ist weitgehend diskriminierungsfrei: Alle Menschen werden respektiert und wertgeschätzt. Durch die Besteuerung tierischer Produkte und eine deutlich fleischärmere Ernährung konnten viele Agrarflächen eingespart werden. Die **Landwirtschaft** wird nun **extensiver und ressourcenschonender** betrieben, und **wertvolle Ökosysteme** konnten auf den frei gewordenen Flächen entstehen.

3.2. Eine Momentaufnahme: Am Lützerath-Keyenberg-Badesee 2040

Die Mittagssonne knallt auf Kappen und Sonnenhüte, es ist viel los, wie fast jeden Nachmittag. Während die Jüngeren ihre Beine im Wasser baumeln lassen und sich gegenseitig nass spritzen, liegen die Erwachsenen ein wenig weiter oben am Steg. Ich lese den Aufsatz meiner Freundin für `Grundlagen der Moderation von Demokratischen Prozessen: diskriminierungssensibel und gemeinwohlorientiert`, während sie meinen überfliegt: `Verstrickung von (Post-)Kolonialismus, Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat zu Beginn des 21. Jahrhunderts`.

"Check ich nicht! Wieso haben sich die Leute so greenwashen lassen?" Ich überlege kurz und antworte:

"Naja, damals musste so ein Konzern **so gut wie keine Angaben machen**, und die Vorstände selbst haben quasi entschieden, wer bei diesen Schein-Verhandlungen dabei war."

Sie seufzt: "Stimmt, und Lieferketten und so waren noch soo unübersichtlich. Kannst du dir das vorstellen in einem so anonymisierten System zu leben, dass du nicht mal merkst, dass Leute für dein Shirt **ausgebeutet** wurden? Und die Konzerne, die konnten einfach machen, was sie wollen." Nach einer kurzen Pause fügt sie mit einem verschmitzten Lächeln hinzu: "Tja. *Der Markt trifft wohl die besten Entscheidungen!*" Ich pruste los. "Jede*r x-beliebige Mark trifft gerechtere Entscheidungen als der Markt." Während wir noch lachen, kommt mein Papa auf uns zu.

„Na, wie lange wollt ihr noch an der Grube bleiben? In zwei Stunden ist Nachbarschaftsrat.“ Meine Eltern nennen den See immer noch liebevoll "die Grube".

Wenn man sie danach fragt, erzählen sie, wie sie sie damals, als der See noch eine riesige Kohlegrube war, **immer wieder blockiert** haben. Dann reden sie vom Jahr 2021, als sich die Gruppen der Klimagerechtigkeitsbewegung – von Fridaysforfuture über Seebrücke bis Ende Gelände – zusammenschlossen und die Grube über Tage blockierten. An der Stelle wirft jemand ein, dass es nach einem Jahr Quarantäne und Waldbesetzungen kein Wunder sei. Der Frust und die Wut und die Energie mussten irgendwo raus. Und, dass die Masken, die viele noch trugen, sowieso praktisch waren in einer Kohlegrube. Im selben Jahr gab es auch massenhaft Proteste und zivilen Ungehorsam, **um der unmenschlichen Asylpolitik endlich entgegenzutreten**. Im Winter waren unzählige Menschen in Moria & Co erfroren. Hier sagt meine Mama gerne: "Heutzutage wird ja alles verhandelt und konsensiert, aber das funktioniert nur, weil wir uns einig sind, dass manches nicht verhandelbar ist! Dass Menschen in Not geholfen wird, ist nicht verhandelbar, und dass man nicht mehr nimmt, als man braucht und sich regenerieren kann!" In diesem ereignisreichen Jahr bildete sich auch die **transformative Postwachstumsspartei**. Eine Partei, die Grundsicherungen – wie Wohnraum, kostenlosen ÖPNV usw. – forderte, um die Demokratie zu stabilisieren und den Wachstumszwang zu schwächen bzw. die Bürger*innen von Leistungszwängen zu befreien. Sie setzten sich ein für die **Entmachtung von Großkonzernen**, was wohl ihr härtestes Ziel war – zumindest bei den Konzernen, die nicht eigenständig zu Genossenschaften und Purpose-Unternehmen wurden. Und sie sorgten für Transparenz, direktere Demokratie, Demokratisierung der Wirtschaft und vieles mehr. Überhaupt stellt man sich unter **Demokratie heute was ganz anderes vor, als damals**. Damals war Demokratie praktisch ein politisches Modell, in dem Bürger*innen ihre Repräsentant*innen wählen durften. Heute ist es eine gesellschaftliche Haltung und erkennt an, dass Demokratie über Ländergrenzen und den Politiksektor hinausgeht.

Demokratie bedeutet heute, dass alle Menschen, die von einer Entscheidung betroffen sind, an dieser **gleichberechtigt** teilhaben oder sie zumindest vertreten werden. Und auch die

Debattenkultur hat sich verändert. Manchmal schauen wir in der Schule Bundestagsdebatten und wir wissen nicht, ob wir es witzig oder traurig finden sollen, wie die Politiker*innen zankten und übereinander lästerten und mit ihrer Rhetorik so lange um den heißen Brei herumreden konnten. Die **Moderation** war so gut wie nicht vorhanden. Ziele waren ein hohes BIP statt Gemeinwohl, und die Politiker*innen waren so **unsensibel für Machtstrukturen, Diskriminierungsformen und Minderheiten**.

Oft erzählen unsere Eltern uns dann, dass nicht alle Menschen der Postwachstumsbewegung es für richtig hielten in die Politik zu gehen. Sie wollten eher eine Bottom-up-Herangehensweise. Aber auch wenn die Vorstellungen der Bewegung von Anarchie bis politikintegriert reichten und sie diese auch immer wieder diskutierten, war die Postwachstumsbewegung so vernetzt und intersektional geprägt, wie kaum eine andere Bewegung zuvor.

Wenn die Älteren zu lange monologisieren und nicht auf uns eingehen, wirft oft jemand neckisch ein: „Och nö, erzähl doch lieber was von den Schneemännern und Schneehöhlen, die ihr damals gebaut habt.“

3.3. Ein Augenzeug*innenbericht aus der Postwachstumsbewegung: Jojo erzählt

Wir haben erkannt, dass wir Politik ganz neu denken durften, um noch eine Chance auf einen schnellen und radikalen Wandel der Gesellschaft zu haben.

Wir haben uns unsere Politik angeeignet und begonnen, **selbst alle zusammen unsere Gesellschaft zu gestalten**. Wir haben uns losgelöst davon, Repräsentant*innen die Verantwortung zu geben.

Wir haben begonnen, uns alle zusammen an den Tisch zu setzen und **konstruktiv selbst unsere Bedürfnisse zu vereinbaren**. Obdachlose, Kleinbäuer*innen und Migrant*innen, Klein-Unternehmer*innen, Sorge-Arbeiter*innen und wir alle als Konsumierende, Betroffene von Naturkatastrophen und Lokalpolitiker*innen, Wissenschaftler*innen und kreativ tätige Menschen – mehr und mehr waren dabei.

Im Prinzip haben wir viele, **viele kleine Räte** gebildet, auf allen Ebenen, in allen Gegenden und zu allen Themen. Schon länger war das Konzept von Bürger*innenräten im Gespräch, doch im Unterschied dazu machten wir das nun einfach alle, selbstorganisiert und auf unsere Handlungsrealität bezogen.

Natürlich nutzten wir die bestehenden politischen Strukturen – die Parlamente, die Verwaltungen – weiter, doch die hatten nun auf allen Ebenen den Drang, sich in ihrer Politik **progressiv an uns und unseren Initiativen zu orientieren!**

Was hat uns dazu gebracht? Wir haben die Stimmen in uns endlich anerkannt, die leise getrauert haben, wenn wir mal wieder an der Supermarktkasse versuchen mussten, aus dem ausbeutungsvollen Angebot einen nachhaltigen Warenkorb zusammenzustellen. Wir haben gemerkt, dass **wir dieses leistungszwängende System nicht wirklich brauchen**, um zufrieden zu sein, dass wir es nicht wirklich brauchen, das Leiden von Menschen und Tieren (sowie Ökosystemen) zu verantworten. Wir haben im Angesicht der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen irgendwann doch den **Mut in die Hand genommen**, uns zusammenzutun, um neue Organisationsweisen zu schaffen und unsere Beziehungen neu zu leben.

So haben wir **die Aufgabe von Politik umgekehrt**: vom kosmetischen nachträglichen Management der Probleme, die wir mit unserem selbstbezogenen Handeln verursachen – hin zu einem Handeln, das sich selbst als politisch anerkennt und **automatisch in einen Dialog** mit denen gehen kann, die es betrifft, weil mir diese **Menschen und Lebewesen wieder wichtig** geworden sind.

Wir begannen, Lösungen zu finden, die allen gerecht werden, und haben wieder Beziehungen gelebt, in denen wir uns gegenseitig ernst nehmen und zuhören.